

Messermänner gehören in Untersuchungshaft!

Am Wochenende eskalierte in Chemnitz ein Streit zwischen syrischen und afghanischen Jugendlichen.

Einem Beteiligten wurde dabei ein Messer in den Rücken gerammt. Das Opfer kam schwer verletzt ins Krankenhaus.

Zu dem Vorfall erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, **Sebastian Wippel**:

„In Sachsen häufen sich die Messerattacken, aber die CDU-geführte Regierung schaut tatenlos zu. Nach dem immer noch unaufgeklärten Dresdner Messermord besaßen weder Ministerpräsident Michael Kretschmer noch sein Innenminister Roland Wöllner den Anstand, wenigstens den Tatort zu besuchen und der Familie des Opfers ihr Beileid auszusprechen. Ebenfalls stiftet die Informationspolitik in solchen Fällen mehr Verwirrung als Klarheit. Dies muss sich schleunigst ändern.“

Bei der Massenschlägerei in Chemnitz frage ich mich, warum die vorläufig festgenommenen Tatverdächtigen wieder freigelassen wurden. Unverständlich ist dies für mich, da die Polizeibeamten sogar das Messer bei einem 16-jährigen Afghanen fanden. Wer auf kurze Distanz mit einem Messer angreift, nimmt den Tod seines Gegenübers in Kauf und muss daher zwingend in Untersuchungshaft genommen werden. Das Strafrecht sollte an dieser Stelle entsprechend verschärft werden.“

Hintergrund: Durch die CDU-Politik der offenen Grenzen kamen in den letzten Jahren über 100.000 zumeist illegale Migranten nach Sachsen. Jeder, der dies kritisiert, wird von CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer als Fremdenfeind und Extremist diffamiert. Eine kleine Anfrage der AfD (Drs.

7/1428) belegt indes, dass 32 % aller Straftaten mit Waffen auf das Konto von Ausländern gehen.